



Was ist die EU?

Den Feinden von gestern reichen wir die Hand, um uns zu versöhnen und um Europa gemeinsam aufzubauen.

Robert Schuman (1886-1963), Gründungsvater der Europäischen Union

Die Europäische Union: Das sind 450 Millionen Menschen, 27 Staaten, eine gemeinsame Idee: Frieden, Werte und Wohlstand in Europa zu sichern und zu fördern.

Der europäische Binnenmarkt ermöglicht den Menschen in der EU einen Wohlstand, den sich frühere Generationen nicht hätten vorstellen können. EU-Bürgerinnen und -Bürger können überall in der EU leben, arbeiten und studieren. In allen EU-Ländern können sie sicher sein, dass ihre Freiheiten geschützt und ihre Rechte gewahrt werden. 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis, weil sie „über sechs Jahrzehnte lang zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beigetragen“ hat, wie es in der Begründung des Nobel-Komitees heißt. Auch das war für frühere Generationen unvorstellbar.

Was die Europäische Union tut



Gemeinsamer Markt — Der gemeinsame Markt – oder Binnenmarkt – ist eine der größten Errungenschaften der EU. Dank des Binnenmarkts können Menschen, Waren, Dienstleistungen und Geld in der EU ebenso frei zirkulieren wie innerhalb eines einzelnen Landes. EU-Bürgerinnen und -Bürger können in jedem EU-Mitgliedstaat studieren, wohnen, einkaufen, arbeiten und sich zur Ruhe setzen.

https://ec.europa.eu/info/topics/single-market_de



Der Euro — Die gemeinsame europäische Währung ist praktisch für die Bürgerinnen und Bürger und gut für die Wirtschaft. Seit 2002 ist der Euro im Umlauf; inzwischen wird er von 340 Millionen Menschen in 19 EU-Ländern verwendet. Die Europäische Zentralbank wie auch die Europäische Union insgesamt haben durch gemeinsames Handeln einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Finanzkrise 2008 geleistet. Auch auf die Herausforderung durch das Corona-Virus hat die Europäische Zentralbank mit entschlossenem Handeln reagiert.

https://ec.europa.eu/info/topics/economy-finance-and-euro_de



Klimaschutz, Umwelt und Energie — Die EU ist führend im Kampf gegen den Klimawandel und setzt sich weltweit dafür ein, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Die Umweltnormen der EU gehören zu den strengsten der Welt. Energiepolitische EU-Maßnahmen betreffen zum Beispiel die Verbesserung der Energieeffizienz und der Versorgungssicherheit. Der europäische Green Deal bietet außerdem eine neue Wachstumsstrategie, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen.

https://ec.europa.eu/info/topics/climate-action_de



Digitale Wirtschaft und Gesellschaft — Mit dem digitalen Binnenmarkt setzt die EU wichtige Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Menschen profitieren von besserem Datenschutz, der Abschaffung der Roaminggebühren und der Portabilität ihrer Online-Abonnements. Die EU-Kommission will auch schnellere Internetverbindungen und mehr Schutz vor Cyberangriffen erreichen.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/>



Sicherheit und Justiz — Seit 2015 haben mehr als 4,5 Millionen Flüchtlinge einen Antrag auf Schutz in der EU gestellt. Obwohl die Zuständigkeit grundsätzlich bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, engagiert sich die EU auch direkt für Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind. Die EU hat für sie über 22 Milliarden Euro bereitgestellt. Auch außerhalb der EU bietet sie Flüchtlingen und Migranten humanitäre Hilfe und unterstützt Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen.

https://ec.europa.eu/info/topics/migration-and-asylum_de



Grenzen, Sicherheit und Justiz — Die EU will Europa durch die gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität sicherer machen. Die EU-Agenturen Europol und Eurojust erleichtern die Zusammenarbeit der nationalen Behörden; der europäische Haftbefehl verkürzt die Auslieferungsverfahren. Zur besseren Sicherung der EU-Außengrenzen soll die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) die ständige Reserve bis 2027 auf 10.000 Grenzschutzbeamte aufstocken.

https://ec.europa.eu/info/topics/borders-and-security_de



Außen- und Sicherheitspolitik — Die EU will auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen, um Stabilität zu fördern und Herausforderungen bei der Energiesicherheit, sowie durch Migration, Klimawandel und Terrorismus zu bewältigen. Weltweit ist die EU die größte Geldgeberin für Entwicklungs- und Soforthilfe. Auch im Bereich Sicherheit und Verteidigung übernimmt die EU Verantwortung.

https://ec.europa.eu/info/topics/foreign-affairs-and-security-policy_de



Erasmus+ — Das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ ermöglicht es Millionen von jungen Europäern und Europäerinnen, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligendienst zu leisten. Nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende und Menschen aller Altersgruppen können sich an dem Programm beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/topics/education-and-training_de



Verbraucher — Die Verbraucherpolitik der EU stellt sicher, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von Waren oder Dienstleistungen aus anderen EU-Ländern gewahrt bleiben. Sie legt Sicherheitsnormen fest und bietet Hilfe bei Streitigkeiten mit Händlern. Die EU hat zum Beispiel auch die Rechte von Flug- und Fahrgästen bei Verspätungen gestärkt.

https://ec.europa.eu/info/topics/consumer_de



Landwirtschaft — Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist die sichere Versorgung der 450 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger mit nachhaltig erzeugten und bezahlbaren Lebensmitteln. Außerdem fördert sie Arbeitsplätze und Wachstum in ländlichen Gebieten, damit die Regionen nicht abgehängt werden.

https://ec.europa.eu/info/topics/agriculture_de



Handel — Die EU gehört zu den größten Handelsmächten weltweit; ein Drittel ihres Volkseinkommens hängt vom Handel ab. Deshalb kämpft sie für offene Märkte und faire Bedingungen. Die EU-Handelspolitik wird ausschließlich auf EU-Ebene festgelegt. Die Kommission führt die Verhandlungen für Handelsabkommen in größtmöglicher Transparenz.

https://ec.europa.eu/info/topics/trade_de



Wettbewerb — Mit den Wettbewerbsregeln der EU soll ein fairer Wettbewerb im Binnenmarkt sichergestellt werden. Dies fördert Innovation und Effizienz und führt zu besserer Qualität und niedrigeren Preisen. Die EU-Kommission geht gegen Unternehmen vor, die Kartelle bilden oder eine marktbeherrschende Stellung missbrauchen. Sie kontrolliert auch Unternehmenszusammenschlüsse und staatliche Beihilfen.

https://ec.europa.eu/info/topics/competition_de

Informationen zu weiteren Politikfeldern der Europäischen Union finden Sie online unter:

https://europa.eu/european-union/topics_de

Land, Beitrittsjahr, Einwohnerzahl*

-  **Königreich Belgien**, 1958, 11,5 Millionen
-  **Republik Bulgarien**, 2007, 7,0 Millionen
-  **Königreich Dänemark**, 1973, 5,8 Millionen
-  **Bundesrepublik Deutschland**, 1958, 83 Millionen
-  **Republik Estland**, 2004, 1,3 Millionen
-  **Republik Finnland**, 1995, 5,5 Millionen
-  **Französische Republik**, 1958, 67,0 Millionen
-  **Hellenische Republik**, 1981, 10,7 Millionen
-  **Irland**, 1973, 4,9 Millionen
-  **Italienische Republik**, 1958, 60,4 Millionen
-  **Republik Kroatien**, 2013, 4,1 Millionen
-  **Republik Lettland**, 2004, 1,9 Millionen
-  **Republik Litauen**, 2004, 2,8 Millionen
-  **Großherzogtum Luxemburg**, 1958, 0,6 Millionen
-  **Republik Malta**, 2004, 0,5 Millionen
-  **Königreich der Niederlande**, 1958, 17,3 Millionen
-  **Republik Österreich**, 1995, 8,9 Millionen
-  **Republik Polen**, 2004, 38,0 Millionen
-  **Portugiesische Republik**, 1986, 10,3 Millionen
-  **Rumänien**, 2007, 19,4 Millionen
-  **Königreich Schweden**, 1995, 10,2 Millionen
-  **Slowakische Republik**, 2004, 5,5 Millionen
-  **Republik Slowenien**, 2004, 2,1 Millionen
-  **Königreich Spanien**, 1986, 46,9 Millionen
-  **Tschechische Republik**, 2004, 10,6 Millionen
-  **Ungarn**, 2004, 9,8 Millionen
-  **Republik Zypern**, 2004, 0,9 Millionen
-  **Europäische Union**, 447 Millionen
-  **(Vereinigtes Königreich, 1973-2020, 66,6 Millionen)**

*Einwohnerzahlen Stand 2019, Quelle Eurostat



18.4.1951
Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

9.5.1950
Schuman-Erklärung zur Idee der Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl; dieser Tag wird heute als Europatag gefeiert.

25.3.1957
Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).

1.7.1968
Verwirklichung der Zollunion.

7.1979
Erstmalige Direktwahl des Europäischen Parlaments.

15.6.1985
Schengener Übereinkommen über den Abbau der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen.

17.-18.2.1986
Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäischen Akte“ zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes.

3.10.1990
Wiedervereinigung Deutschlands: die neuen Bundesländer werden Teil der Europäischen Gemeinschaften.

1.11.1993
Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags über die Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

1.1.1999
Verwirklichung des Binnenmarktes und Wegfall der innergemeinschaftlichen Grenzen: freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr in der ganzen EU.

1.1.1999
Einführung des Euro als Buchungswährung in elf EU-Staaten.

1.11.2002
Einführung des Euro als Bargeld in zwölf EU-Staaten.

1.2.2003
Inkrafttreten des Vertrags von Nizza zur Schaffung notwendiger Voraussetzungen für die Erweiterung der Europäischen Union.

1.5.2004
Größte Erweiterung der EU-Geschichte: Mit dem Beitritt von zehn neuen Ländern wird die Ost-West-Spaltung in Europa überwunden.

1.12.2009
Der Vertrag von Lissabon und die EU-Grundrechtecharta treten in Kraft.

10.12.2012
Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union.

12.12.2015
Klimakonferenz in Paris: 195 einschließlich aller EU-Länder einigen sich, den weltweiten Temperaturanstieg auf weniger als 2 °C zu begrenzen.

15.6.2017
Abschaffung der Roaming-Gebühren in der EU.

17.11.2017
Unterzeichnung der „europäischen Säule sozialer Rechte“.

25.5.2018
Die EU-Datenschutz-Grundverordnung tritt in Kraft.

23.-26.5.2019
Jüngste Europawahlen. 751 Abgeordnete werden gewählt.

31.1.2020
Das Vereinigte Königreich tritt aus der Europäischen Union aus. Die EU hat nun 27 Mitgliedstaaten mit einer Bevölkerung von rund 450 Millionen Menschen. Das Europäische Parlament zählt nun 705 Abgeordnete.

3/4.2020
Die EU und die Europäische Zentralbank leiten umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der weltweiten Corona-Krise ein.

Institutionen und Einrichtungen der EU



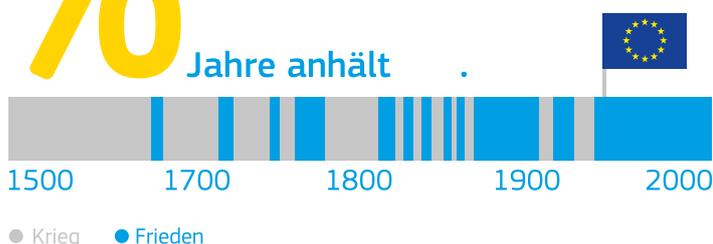
Die Europäische Union gründet sich auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns. Das besagt die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Das **Europäische Parlament** wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union auf fünf Jahre direkt gewählt. Es tagt in Straßburg und Brüssel. Die gegenwärtig 705 Abgeordneten – darunter 96 deutsche – verabschieden gemeinsam mit dem Rat die europäischen Rechtsvorschriften und den Haushalt der EU. Das Europäische Parlament übt das demokratische Kontrollrecht gegenüber Rat und Kommission aus.

Im **Europäischen Rat** treffen sich seit 1974 die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der EU-Staaten, um über die großen Fragen der Zukunft Europas zu beraten. Solche sogenannten EU-Gipfel finden mindestens viermal im Jahr statt. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rates – derzeit der Belgier Charles Michel – werden dort die Ziele und Prioritäten für die weitere Entwicklung der EU festgelegt.

Ein Frieden, der jetzt bereits

70 Jahre anhält



Der **Rat der Europäischen Union** (auch Ministerrat genannt) verabschiedet gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die europäischen Rechtsvorschriften. Jeder Mitgliedsstaat ist hier durch seine Fachminister vertreten. Den Vorsitz führen die EU-Länder reihum für je sechs Monate.

Die **Europäische Kommission** erarbeitet Vorschläge für die europäischen Rechtsvorschriften und legt sie Rat und Parlament vor. Außerdem wacht sie über die Anwendung des EU-Rechts und verwaltet die Programme der EU. Die Europäische Kommission setzt sich aus 27 Mitgliedern zusammen, die von den nationalen Regierungen benannt werden, aber unabhängig von ihnen handeln. Die Präsidentin der Europäischen Kommission ist derzeit Ursula von der Leyen.

Der **Europäische Auswärtige Dienst (EAD)** pflegt die diplomatischen Beziehungen der EU zur übrigen Welt und setzt die Außen- und Sicherheitspolitik der EU um. Die Europäische Union hat über 140 Botschaften („EU-Delegationen“) in Drittländern und bei internationalen Organisationen.

Der **Europäische Gerichtshof** in Luxemburg wacht über die Einhaltung des EU-Rechts, das Vorrang vor den nationalen Gesetzen hat. Er sichert das Fundament der EU als Gemeinschaft des Rechts. Gegen Staaten, die EU-Regeln verletzen, kann der Gerichtshof Geldbußen verhängen und damit dem Recht Geltung verschaffen.

Die **Europäische Zentralbank** in Frankfurt am Main ist zuständig für die Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion. Ihr Hauptziel ist die Wahrung der Preisstabilität im Euro-Gebiet.

Die **Europäische Investitionsbank** in Luxemburg ist die Finanzierungsbank der Europäischen Union. Sie stellt zu günstigen Bedingungen Kapital für Investitionsvorhaben bereit, um zu Integration, Entwicklung und dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt beizutragen.

Der **Ausschuss der Regionen** wird von 329 Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften aller Mitgliedstaaten gebildet; er berät Rat und Kommission in Fragen von regionalem Interesse. Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** ist ein beratendes Gremium, das aus 326 Vertretern von Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden besteht.

Der **Europäische Rechnungshof** in Luxemburg überprüft die ordnungsgemäße Ausführung des EU-Haushalts. Die Europäische Staatsanwaltschaft hat die Aufgabe, bei Straftaten zu ermitteln und strafrechtlich zu verfolgen, die die finanziellen Interessen der EU verletzen.

Der **Europäische Bürgerbeauftragte** befasst sich mit den Beschwerden aller Einwohner/innen der Mitgliedstaaten über Missstände in der Verwaltungstätigkeit der EU. Der **Europäische Datenschutzbeauftragte** überwacht die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union.